

## **Haushaltsplanung 2006 FWG**

Sehr geehrter Herr Haußmann,  
sehr geehrte Frau Wiedmann,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Planwerk als Grundlage für Maßnahmen im Jahre 2006 liegt uns vor, und es gilt insbesondere zu entscheiden, welche Bauvorhaben in Angriff genommen werden sollen. Zunächst möchten wir uns besonders bei Ihnen, Frau Wiedmann, für das übersichtliche Zahlenwerk mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt von 8,3 Mio. Euro und 1,2 Mio. Euro im Vermögenshaushalt bedanken und wünschen, dass durch veränderte Rahmenbedingungen die zukünftigen Haushalte einfacher zu erstellen sind.

In Anlehnung an Ihre Schlussbemerkung Herr Haußmann beim diesjährigen Neujahresempfang des BDS

### **„Wir Dettinger sind gut“**

möchten wir ergänzen, z. B.:

- durch ein überaus großes Engagement im Ehrenamt
- durch ein lebendiges und vielfältiges Vereinsleben
- durch das Angebot von Arbeitsplätzen im Handwerk und Gewerbe
- durch eine gute Infrastruktur und
- durch ein hochwertiges Dienstleistungsangebot seitens der Gemeinde.

Ein besonderer Dank gilt unsererseits allen, die dazu beitragen.

Vorbemerkung:

Es ist zu hoffen, dass es den jetzt Verantwortlichen in Berlin gelingt, insbesondere Impulse für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu geben und die Gemeinden nicht nur Aufgaben ohne ausreichende Mittel zugeteilt bekommen, sondern dass die Kommunen zukünftig wieder größeren finanziellen Spielraum erhalten. Weiterhin ist zu wünschen, dass sich das Pflänzchen „Gewerbsteuer“ wie geplant entwickelt und zu einer verlässlichen Pflanze wird. Bei der Festsetzung der Hebesätze ist aus unserer Sicht deshalb Schonung angesagt.

Bei der Durchsicht des Planwerks ist auch festzustellen, dass mit einer Kreisumlage von 1,757 Mio. Euro und der Vorgabe, dass ein Betrag von 250.000 Euro im Rahmen der Eigenkontrollverordnung für die Sanierung des Kanalnetzes aufzuwenden ist, die Entscheidungsmöglichkeiten durch den Landkreis nicht unerheblich eingeschränkt werden.

Aus Sicht der FWG stellt sich die Situation im Planentwurf zusammengefasst wie folgt dar:

1. Vorgesehene Kreditaufnahme: 723.500 Euro
2. Die Mindestzuführungsrate wird nicht erwirtschaftet
3. Die Rücklagen sind fast aufgebraucht
4. Erhöhung von Pro-Kopf-Verschuldung von 514 auf 615 Euro. Der Landesdurchschnitt lag im Dezember 2004 bei 396 Euro.
5. Erhöhung der Hebesätze bei Grundsteuer A und B und bei der Gewerbesteuer.

...

Es stellt sich deshalb in diesem Jahr mehr denn je die Frage, welcher Weg zukünftig eingeschlagen werden soll. Entweder noch stärkere Erhöhung der Hebesätze und Gebühren und über Kredite finanzierte Baumaßnahmen, oder eine sehr geringe Anhebung der Hebesätze und Gebühren und die geplanten Baumaßnahmen über die nächsten Jahre verteilen. Welcher Weg der „Richtige“ ist, weiß man leider wie im täglichen Leben immer erst danach. Die FWG hat sich für die zweite Vorgehensweise entschieden.

Hinsichtlich der Steuereinnahmen halten wir folgende Hebesätze noch für vertretbar:

1. Grundsteuer A: 320 v.H. (wie vorgeschlagen)
2. Grundsteuer B: 320 v. H. (30 v. H. Punkte weniger wie vorgeschlagen)
3. Gewerbesteuer: 350 v. H. (wie vorgeschlagen)

Zum Zahlenwerk im Einzelnen:

Verwaltungshaushalt:

Die Ansätze in den Bereichen Gemeindeorgane, Hauptverwaltung und Finanzverwaltung sind vertretbar.

Der erhöhte Ansatz bei unserer Freiwilligen Feuerwehr für eine noch stärkere Kontrolle der eingesetzten Technik, wie z. B. der Atemschutzgeräte, wird befürwortet. Wie die Unfälle in der Umgebung zeigten, können sehr schnell Menschenleben gefährdet sein. An dieser Stelle einen herzlichen Dank für die freiwillig geleistete Arbeit allen Mitgliedern der Wehr.

Der geplante Zuschussbedarf bei der Grund- und Hauptschule mit 258.000 Euro einschließlich der Erhöhung von 30.000 Euro ist aus unserer Sicht notwendig. Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft sind ohne Zweifel Investitionen in eine gute Ausbildung. Neben dem inhaltlichen Angebot muss auch das Umfeld stimmen. Dafür sind wir als Gemeinde zuständig.

Die Ausgaben für den Kindergarten Starenweg sind auf Grund rückläufiger Ausgaben für Personal und Unterhaltung niedriger. Eine erfreuliche Entwicklung. Dank allen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren engagierten Einsatz, die nicht nur die gute Betreuung gewährleisten, sondern zu dieser Entwicklung beitragen.

Der leicht erhöhte Zuschussbedarf von rd. 5.000 Euro im Kindergarten Hintere Straße ist gerechtfertigt. Dem Betreuungspersonal ebenfalls herzlichen Dank.

Die Infrastruktur in der Gemeinde ist aus unserer Sicht als sehr gut zu beurteilen. Es zeigt sich sehr deutlich, dass dies auch seinen Preis hat. Der Zuschussbedarf im Jahr 2006 beträgt für die Schloßberghalle 241.000 Euro (davon 132.000 Euro für Abschreibung und kalk. Zinsen), für die Sporthalle 113.000 Euro und für das Hallenbad 224.000 Euro (davon 37.000 Euro für Abschreibung und kalk. Zinsen). Insgesamt somit 578.000 Euro. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Angebot von den Bürgern anerkannt wird und die Einrichtungen, insbesondere das Hallenbad, von unseren Dettinger Bürgern noch stärker genutzt werden. Die Bestrebungen, durch Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung den Besuch zu steigern, werden unterstützt. Bei den Öffnungszeiten und den Eintrittspreisen sollten aus unserer Sicht trotz des Zuschussbedarfs in absehbarer Zeit jedoch keine Änderungen vorgenommen werden. Wir gehen davon aus, dass durch die Gründung eines Fördervereins weitere neue Ideen und Aktivitäten zum längerfristigen Erhalt unseres Bades entwickelt werden und unterstützen deshalb das Vorhaben.

Die Unterhaltung unserer Ortsstraßen ist sicher eine Daueraufgabe. Bei einem tatsächlichen Unterhaltungsaufwand 2004 von rd. 67.000 Euro ist der Ansatz von 150.000 Euro trotz geplanter Absenkung der Randsteine in der Kirchheimer Straße und Austausch eines Teils der Pflastersteine in der Limburgstraße aus unserer Sicht großzügig, obwohl die Auswirkungen des Winters noch nicht abzusehen sind.

Für einige Ortsstraßen, wie z. B. die Ayßenstraße, ist aus unserer Sicht eine grundsätzliche Sanierung bzw. ein Ausbau ins Auge zu fassen.

Die übliche Brückenunterhaltung mit einem Betrag von 5.000 Euro und die Führung des Brückenbuchs mit einem Aufwand von ca. 10.000 Euro werden insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit von der FWG mitgetragen.

Der starke Gewitterregen im August 2005 ist auch im Planentwurf noch sichtbar. Die Beseitigung der Hochwasserschäden an der Lauter im Bereich der Stelle sind notwendig. Der erhöhte Ansatz ist deshalb erforderlich.

Trotz ständiger Anpassung der Gebühren ist eine volle Kostendeckung im Bestattungswesen aus unserer Sicht auch langfristig nicht zu erreichen. Wie bekannt, stehen weitere Maßnahmen an. Der Zuschussbedarf von 34.000 Euro ist vertretbar.

Die Mitarbeiter des Bauhofs leisten vorbildliche Arbeit. Die Pflege immer weiterer Grünbereiche erfordern ihre Zeit. Es ist deshalb besonders erfreulich, dass die Personalausgaben gegenüber dem Rechnungsergebnis von 2004 annähernd gleich gehalten werden sollen. Deshalb an dieser Stelle herzlichen Dank an die Mitarbeiter des Bauhofs, besonders auch für die Arbeit, die zur Zeit beim Winterdienst anfällt.

Wir hoffen, dass das wirtschaftliche Ergebnis im Wald wie in den Vorjahren trotz erwartetem Zuschuss wieder positiv ausfällt. Im Zeitalter der Nutzung „erneuerbarer Energie“ wird aus unserer Sicht auch eine steigende Nachfrage nach Holz, verknüpft mit höheren Preisen, einsetzen. Die trotzdem durchgeführte Waldpflege, verbunden mit dem Erhalt eines gut ausgebauten Wegenetzes, unterstützen wir. Weiterhin sollte die Erholungsfunktion des Waldes nicht unterschätzt werden. Herrn Sablowsky und seinen Mitarbeitern für die oftmals längerfristig angelegte Arbeit herzlichen Dank.

Anmerkungen zum Vermögenshaushalt:

Der Ansatz von 55.000 Euro für die Renovierung der Schulgebäude mit dem Schwerpunkt „Schlösslesschule“ und „Alte Schule“ halten wir für angebracht. Die Holzhackschnitzelheizanlage an der Sporthalle wird gebaut. Es ist deshalb folgerichtig, dass die Heizanlage in der Sporthalle mit Kosten von 65.000 Euro und im Hallenbad mit einem Aufwand von 75.000 Euro ausgetauscht werden.

Für den Ausbau alter Ortsstraßen (Verbindungsstraße Dettingen – Owen) ist ein Betrag von 205.000 Euro vorgesehen. Im Augenblick laufen die Planungen für das zukünftige Baugebiet „Goldmorgen/Obere Straßenäcker“. Wir halten einen Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt deshalb für verfrüht. Zwischen beiden Vorhaben besteht ein enger Zusammenhang, der bei den Planungen berücksichtigt werden muss. Wir schlagen deshalb eine Zurückstellung der Baumaßnahme zugunsten einer geringeren Kreditaufnahme vor.

Im Rahmen des Landessanierungsprogramms sind die Renovierung des Sitzungssaals mit Kosten von 152.000 Euro, Planungskosten für den Bahnhofsvorplatz mit 90.000 Euro und die Förderung von privaten baulichen Maßnahmen mit 50.000 Euro vorgesehen.

Die Planungen für den Sitzungssaal liegen vor. Wir sind der Meinung, dass die Renovierung zusammenhängend und umfassend erfolgen sollte. Bei dem vorliegenden Planentwurf mit einer nicht ausreichenden Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt und Finanzierung der fehlenden Mittel über zusätzliche Kredite sollte dieses Vorhaben 2006 nicht umgesetzt werden. Bei der augenblicklichen finanziellen Situation sehen wir ebenfalls keinen dringenden Bedarf, die vorliegenden Planungen für den Lautergarten im Jahre 2006 zu verwirklichen.

Ein Spielplatz für Kleinkinder besteht in unmittelbarer Nähe und die notwendigen Einrichtungen für die Nutzung als „Festplatz“ sind vorhanden.

Für den Bahnhofsvorplatz liegt bereits eine Planung vor. Weitere eventuell notwendige Planungen und Festlegungen über den Ausbaustandard sollten aus unserer Sicht in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Baumaßnahme erfolgen.

Die FWG stellt abschließen folgende Anträge:

1. Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer B nicht wie vorgesehen von 300 auf 350 v. H., sondern von 300 auf 320 v. H.. Dies bedeutet Mindereinnahmen von ca. 60.000 Euro. Dieser Betrag ist einzusparen: Straßenunterhaltung: 40.000 Euro, Bewirtschaftungskosten 10.000 Euro, Geschäftsausgaben 10.000 Euro.
2. Zeitliche Verschiebung des Ausbaus der Verbindungsstraße nach Owen, bis die Planungen für das Baugebiet „Goldmorgen/Obere Straßenäcker“ vorliegen. Begründung: Berücksichtigung eventuell notwendiger Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Ausbau eines Gehweges.
3. Ausbau des Sitzungssaal in geplantem Umfang zu einem späteren Zeitpunkt.
4. Umsetzung der Planungen für den Lautergarten zu einem späteren Zeitpunkt.

Ziel insgesamt der Punkte 2 – 4: Verringerte Kreditaufnahme.